

Friso Wielenga

Die Niederlande und die rechtspopulistische Herausforderung – ein Essay*

BIS ZUM ENDE DES 20. JAHRHUNDERTS galten die Niederlande bei ihren europäischen Partnern als ein liberales Land mit einer toleranten Migrations- und Integrationspolitik. Überdies waren die Niederlande als »pro-europäisches« Land bekannt, das – wenn auch mit bescheidenem Gewicht – in der Europäischen Zusammenarbeit eine wichtige Rolle spielte. Im vergangenen Jahrzehnt ist dieses positive Image stark unter Druck geraten. Es fing mit dem Rechtspopulisten Pim Fortuyn an, der auch nach seiner Ermordung kurz vor den Parlamentswahlen 2002 einen politischen Erdbeben bewirkte. Die *Lijst Pim Fortuyn* (LPF) ging im Mai 2002 mit 17,1 Prozent der Stimmen als zweitstärkste Kraft aus den Wahlen hervor und wurde Koalitionspartner in einem Kabinett aus *Christen Democratisch Appel* (CDA) und der konservativ-liberalen *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (VVD). Schon nach knapp drei Monaten wurde dieses Experiment beendet, und die Erben Pim Fortuyns versanken durch interne Streitigkeiten in der politischen Bedeutungslosigkeit.

Die vorgezogenen Parlamentswahlen vom Januar 2003 brachten scheinbar die Wiederherstellung stabiler politischer Verhältnisse, aber das Land kam nicht zur Ruhe. Im November 2004 wurde der islamkritische Regisseur Theo van Gogh von einem islamistischen marokkanischen Jugendlichen ermordet, und die Emotionen, die dies auslöste, deuteten auf eine tiefe Kluft zwischen einem Teil der »autochthonen« niederländischen Bevölkerung und einem Teil der »allochthonen« Migrantenpopulation hin. In diesem Klima konnte kurz darauf Geert Wilders mit seiner *Partij van de Vrijheid* (PVV) Erfolge verbuchen. Erzielte er 2006 bei den Parlamentswahlen noch 5,9 Prozent der Stimmen, so ging die PVV vier Jahre später mit 15,5 Prozent als zweitstärkste Partei aus den Wahlen hervor. Damit war die PVV sogar stärker als der CDA, der – während seine Wahlergebnisse in den Jahren zuvor immer zwischen gut 25 und knapp 30 Prozent der Stimmen geschwankt hatten – im Jahr 2010 mit 13,6 Prozent einen dramatischen Tiefpunkt erreichte.

* Aus dem Niederländischen übersetzt von Annegret Klinzmann M.A. Dieser Artikel ist die gekürzte Version eines Vortrags, den der Autor im Juli 2011 in der »Katholischen Akademie in Bayern« gehalten hat.

Mit diesem Wahlergebnis nahm der Aufstieg des Rechtspopulismus mit seinen aggressiven antiislamitischen Tönen weiter seinen Lauf. Im September 2010 wurde Wilders' Gruppierung »Duldungspartner« eines Minderheitskabinetts aus konservativ-liberaler VVD und christdemokratischem CDA. Die Regierungsparteien verfügen gemeinsam lediglich über gut ein Drittel der Parlamentssitze, und mit den Stimmen Wilders' hat die Regierung eine parlamentarische Mehrheit von einer Stimme. Mit dieser Konstruktion befindet sich Wilders in einer sehr komfortablen Machtposition: Er gehört dem Kabinett nicht an, trägt keine Verantwortung und kann sich so problemlos von unpopulären Maßnahmen distanzieren. Zugleich hat er großen Einfluss, denn ohne ihn ist die Regierung wie ein Kaiser ohne Kleider.

Die Position als Mehrheitsbeschaffer ist für Wilders auch deshalb von Vorteil, weil die Personaldecke seiner Gruppierung sehr dünn ist und er nicht über ministrable Personen verfügt. Wilders hat aus dem Chaos gelernt, in dem die Bewegung Fortuyns versank und will die PVV ungestört führen. So kann man die PVV zwar unterstützen, aber Mitglieder gibt es in dieser »Partei« nicht. Das einzige Mitglied ist Geert Wilders selbst, weshalb dann auch von einer innerparteilichen Demokratie keine Rede sein kann. So betrachtet ist die PVV auch satzungsgemäß eine *one man show*.

Die Niederlande haben sich nicht nur durch ein rauer gewordenes innenpolitisches Klima verändert, auch in der Haager Europapolitik ist es zu Verschiebungen gekommen. Seit die niederländische Bevölkerung im Jahr 2005 die Europäische Verfassung mit 63 Prozent der Stimmen ablehnte und damit – gemeinsam mit Frankreich – die Europäische Union in eine Krise stürzte, haben die Niederlande den Nimbus, »pro-europäisch« zu sein, verloren. Auch auf Regierungsebene sind diese Skepsis und diese Zurückhaltung inzwischen Allgemeingut geworden, und die Niederlande galten 2010/2011 im Brüsseler Europa-Apparat als ein schwieriger und negativ eingestellter Partner. Die niederländische Europakommissarin Neelie Smit-Kroes rief im Sommer 2011 sogar die niederländische Regierung öffentlich dazu auf, mit Blick auf die Europäische Zusammenarbeit wieder eine positive Haltung einzunehmen. Die Niederlande hätten, so Smit-Kroes, sehr stark von der Europäischen Union profitiert, und das müsse die Regierung offensiv verkünden. Die Stimmung in den Niederlanden weist jedoch in eine andere Richtung, und ebenso wie in der Migrations- und Integrationspolitik klingt auch hier die Stimme des Rechtspopulismus kräftig durch. Wilders wurde bei den Europawahlen des Jahres 2009 für seine antieuropäische Rhetorik mit 17 Prozent der Stimmen belohnt, wodurch er hinter dem CDA (20 Prozent) auf dem zweiten Platz landete.

Das heißt natürlich nicht, dass die Niederlande nicht länger ein zuverlässiger europäischer Partner wäre. Im Herbst 2011, in der Euro-Krise, unterstützte Den Haag die deutsche Politik zur Rettung des Euros. Bemerkenswert dabei war allerdings, dass die Regierung Rutte dies nur tun konnte, weil sie von den oppositionellen Sozialdemokraten unterstützt wurde und so über eine Mehrheit im Parlament

verfügte. Der »Duldungspartner« PVV widersetzte sich jeder europäischen Maßnahme nach dem Motto »Kein Cent für Griechenland«.

Was ist in diesem Land geschehen, das nicht nur lange Zeit als tolerant, liberal und pro-europäisch galt, sondern auch als stabil und pragmatisch, ja sogar als Prototyp einer »Konsensdemokratie«? Zur Beantwortung dieser Frage wird im Folgenden zunächst im weiteren Sinne auf einige politisch-kulturelle Veränderungen eingegangen, um anschließend einige Faktoren zu nennen, die den raschen Aufstieg des Rechtspopulismus in den vergangenen Jahren erklären.

»Versäulung« und »Entsäulung«

Nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts und des Verhältniswahlsystems im Jahr 1917 war die politische Landschaft in den Niederlanden bis Ende der 1960er Jahre außergewöhnlich stabil. Ein Historiker hat einmal ironisch angemerkt, dass man in den Niederlanden anstelle von Wahlen auch Volkszählungen hätte abhalten können: Die Zahl der Katholiken war ungefähr so groß wie die Zahl der Wähler der katholischen Partei, und obgleich der protestantische Teil der Bevölkerung über verschiedene Parteien verteilt war, galt auch hier ein hohes Maß an politischer Treue zu bestimmten Parteien. Die niederländische Politik und die Gesellschaft waren – vereinfacht dargestellt – in vier »Säulen« aufgeteilt: eine katholische, eine protestantische, eine sozialdemokratische und eine liberale »Säule«. Es war für diese religiös und weltanschaulich segmentierte Landschaft charakteristisch, dass sich das gesamte Leben – Schule, Freizeit, soziale Organisationen usw. – weitgehend innerhalb der eigenen Säule abspielte und die Bevölkerung demnach relativ wenige Kontakte außerhalb der eigenen Lebensgemeinschaft hatte. Diese Kontakte wurden zwischen den politischen und sozialen Eliten der Säulen gepflegt, die das Land auf einer pragmatisch-sachlichen Grundlage lenkten. Da die Niederlande ein Land der Minderheiten waren und keine einzige Säule auch nur in die Nähe einer Mehrheit kam, gehörte das Schmieden von Kompromissen zum Wesensmerkmal der politischen Kultur der Niederlande. Ein solches »versäultes« politisches System war kein exklusiv niederländisches Phänomen. Auch in anderen Ländern kannte man eine vergleichbare Segmentierung (»Milieus«), aber in den Niederlanden war diese stärker ausgeprägt, und sie bestimmte das politische und soziale Leben mehr als anderswo.

Unter dem Einfluss von Säkularisierung, Individualisierung und anderen Aspekten der gesellschaftlichen Modernisierung wurde dieses versäulte Haus in den späten 1960er Jahren in raschem Tempo abgerissen. Besonders die gemeinsame Kraft der christlichen Parteien nahm drastisch ab: von ca. 50 Prozent der Stimmen im Jahr 1963 auf gut 30 Prozent im Jahr 1972. Der mündige Bürger folgte nicht mehr der »eigenen« Elite, neue Parteien kamen auf, und die politischen Kräfteverhältnisse änderten sich. Die Geschwindigkeit, mit der dies geschah, ergab sich auch aus der niedrigen Sperrklausel in den Niederlanden. Eine Partei kommt

bereits mit 0,67 Prozent der Stimmen ins Parlament, was dazu führt, dass neue Gruppierungen jeweils rasch in die politische Landschaft aufgenommen werden können. Politisches und gesellschaftliches Unbehagen wird dann auch traditionell schnell über das Parlament kanalisiert, ein Faktor, der den späteren Durchbruch populistischer Gruppierungen gewiss erleichterte.

Nach der Entsäulung der späten 1960er Jahre entstand in den 1970er Jahren zwischen den politischen Parteien ein neues Gleichgewicht. Die »starrten« und »unbeweglichen« Kräfteverhältnisse waren verschwunden, die Volatilität des Wählers hatte zugenommen, aber große Verschiebungen traten nicht mehr auf. Zu diesen kam es erst 1994, als sowohl Christdemokraten als auch Sozialdemokraten so stark verloren, dass sie nicht einmal mehr gemeinsam über eine parlamentarische Mehrheit verfügten. Seit jenem Jahr ist es in der niederländischen Politik ein normales Phänomen, dass bei nahezu allen politischen Parteien große Niederlagen im Wechsel mit spektakulären Erfolgen auftreten. Jedes Wahlergebnis bringt eine kräftige Neuordnung der Parlamentssitze mit sich, aber ein neues Gleichgewicht ist dabei seit 1994 nicht entstanden. Mehr als in den Jahren zuvor sind personengebundene Faktoren, wie Äußerlichkeiten und Schlagfertigkeit, entscheidend geworden. Eindrücke, Stimmungen und Gefühle geben damit dem Stimmverhalten der Wähler in zunehmendem Maße eine Richtung. Dadurch können Politiker und Parteien rasch in der Wählergunst aufsteigen, aber auch ebenso schnell wieder dramatische Rückschläge erleben. Dass Populismus in einem solchen Kontext gut gedeihen kann, machte Pim Fortuyn 2002 zum ersten Mal deutlich. Der moderne, ungebundene Wähler ist ein frei flottierender Wähler, und nirgendwo in Europa ist der Wähler inzwischen so »untreu«, wie in den Niederlanden.

Wechselwähler

Der Schritt von der einen politischen Partei hinüber zur anderen wird in den Niederlanden zudem auch noch erleichtert, weil die niederländischen Parteien zumeist nicht weit von der politischen Mitte entfernt sind. In einem Land, in dem Koalitionsregierungen für eine Mehrheit mindestens drei Parteien benötigen, ist eine solche Positionierung sicherlich nicht unvernünftig, vergrößert man doch so die Chance, zu Koalitionsgesprächen hinzugezogen zu werden und Regierungsverantwortung tragen zu dürfen. Zugleich liegt hierin ein Faktor, der den Populismus begünstigt. Der Aufstieg Pim Fortuyns im Jahr 2002 ist nicht ohne das unter den Wählern herrschende Unbehagen darüber zu erklären, dass es in der politischen Mitte ziemlich voll geworden war. Viele Wähler hatten das Gefühl, dass es kaum noch einen Unterschied zwischen Sozialdemokratie, Christdemokratie sowie konservativen und linken Liberalen gebe. Gerade in einer Periode der Medialisierung und Personalisierung ist es dann für charismatische Newcomer relativ einfach, einen Platz für sich zu erobern.

Hinzu kommt, dass das klassische links-rechts-Schema in der Politik stark an Bedeutung eingebüßt hat, wodurch es für die großen politischen Strömungen (Christdemokratie, Sozialdemokratie und Liberale) schwieriger geworden ist, mit Blick auf die Wahlen ein konsistentes Profil zu behalten. Wahlforschungen haben ergeben, dass der niederländische Wähler in sozioökonomischer Hinsicht und in immateriellen Fragen (Sterbehilfe, Homo-Ehe usw.) mehrheitlich »links« Auffassungen anhängt, auf dem Gebiet von Migration und Integration jedoch eher »rechts« denkt. Antworten auf neue soziale und politische Probleme sind weniger leicht als früher an die ideologische Herkunft der Parteien zu koppeln. Ist es »links« oder »rechts«, für die Rente mit 67 zu sein? Und mit Blick auf Europa: im Jahr 2005 agitierte Geert Wilders gegen die Europäische Verfassung und fand an seiner Seite den Führer der linkspopulistisch angehauchten *Socialistische Partij* (SP). Auch auf diesem Gebiet hat die vertraute links-rechts-Perspektive ihren ordnenden Wert verloren.

Insgesamt betrachtet ist der niederländische Wähler Anno 2011 ein radikal moderner Wähler: Nicht durch Glauben oder Weltanschauung gebunden und jeglichem politischen Gehorsam abhold, ist er nicht nur empfänglich für griffige Phrasen und Telegenität, sondern er neigt auch zu strategischem Wahlverhalten, um das Zustandekommen bestimmter Regierungskombinationen zu fördern oder eben zu blockieren. In einem doch schon sehr offenen politischen System, in dem es für neue Parteien verhältnismäßig einfach ist, ins Parlament gewählt zu werden, erhöht dies die politische Beweglichkeit. Während die politische Landschaft in den Niederlanden zur Zeit der »Versäulung« gerade starr und vorhersehbar war, hat sie sich inzwischen in ihr Gegenteil verkehrt. Das Resultat im Jahr 2011 ist ein Parteienspektrum, aus dem große Parteien verschwunden sind: Im heutigen Parlament sind die konservativen Liberalen (VVD) und die Sozialdemokraten (PvdA) mit ca. 20 Prozent der Stimmen die größten, gefolgt von zwei Parteien, die um 15 Prozent liegen (Wilders' PVV und der CDA), einer Partei, die zehn Prozent der Stimmen auf sich vereinigt (*Socialistische Partij*) und zwei Parteien, die mit jeweils rund sieben Prozent der Stimmen ins Parlament eingezogen sind (die linksliberale D66 und die Grünen). Daneben sind noch einige kleinere Parteien vertreten, die in den heutigen Zeiten labiler Koalitionen als Mehrheitsbeschaffer an Gewicht gewonnen haben.

Migration und Integration

Neben diesen geänderten politisch-kulturellen Verhältnissen haben auch konkrete politische Probleme das Aufkommen des Populismus begünstigt. In den 1980er und 1990er Jahren betrachteten viele ausländische Beobachter – auch in Deutschland – die Niederlande als Vorbild für eine fortschrittliche und erfolgreiche Integrationspolitik für Migranten. Das Modell dieser Integrationspolitik wies große Übereinstimmungen mit den früheren »Säulen« auf. Der Grundge-

danke war: Man biete den Migranten ihre eigenen Organisationen, in denen sie ihre eigene Kultur bewahren können und gebe ihnen zugleich eine möglichst gleichberechtigte Stellung (unter anderem durch die Gewährung des kommunalen Wahlrechts). Dabei ging man von der Erwartung aus, dass diese »Säule« – auch wenn sie nicht so genannt wurde – sich ebenso harmonisch in das System fügen werde, wie die früheren niederländischen Säulen. Was man dabei übersah, war, dass Migranten eine ganz andere Kategorie darstellten als die historisch gewachsenen einheimischen »Säulen«. Dies führte dazu, dass dieses Modell die Integration nicht förderte, sondern vielmehr Parallelgesellschaften schuf, mit denen sich die einheimischen Niederländer kaum beschäftigten.

»Wenn du mich in Ruhe lässt, dann lasse ich dich auch in Ruhe...«. Das war die alte, pragmatische Toleranz der versäulten Niederlande gewesen, die jedoch in der Integrationspolitik nicht erfolgreich sein konnte. Als man das entdeckte, war es schon lange zu spät. Es war der Publizist Paul Scheffer, der 2000 in seinem Aufsehen erregenden Artikel mit dem Titel *Das multikulturelle Drama* auf diese Fehlentwicklung hinwies. Klar und geschliffen diagnostizierte Scheffer, dass kaum eine Integration von Migranten stattgefunden habe, dass »Autochthone« und »Allochthone« nicht miteinander, sondern nebeneinander lebten und dass die vielgepriesene niederländische Toleranz nicht mehr als Gleichgültigkeit gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen sei.

Diese Diagnose in eine verantwortungsvolle Integrationspolitik umzusetzen, kostet nicht nur viel politische Kraft und Erfindungsreichtum, sondern vor allem auch Zeit und Geduld. Inzwischen haben alle politischen Parteien Konsequenzen gezogen und eine verschärfte Integrationspolitik formuliert. Es sind Einbürgerungsverpflichtungen eingeführt worden, und von Alltochthonen und Migranten wird viel mehr Anpassung verlangt, als früher. Rasche Resultate sind jedoch nicht zu erwarten, und das Unbehagen hierüber arbeitet radikalen Auffassungen in die Hände. Für Wilders ist der Islam keine Religion, sondern eine totalitäre Ideologie wie der Nationalsozialismus oder der Kommunismus. Der Koran, so der PVV-Führer, unterscheide sich nicht von Hitlers *Mein Kampf* und müsse daher verboten werden. Einen gemäßigten Islam gebe es nicht, somit könnten alle Muslime als potentielle Terroristen betrachtet werden. Eine Lösung der Integrationsprobleme bieten solche Standpunkte natürlich nicht, im Gegenteil, sie vertiefen die Kluft und führen zur Verhärtung. Zugleich sind sie ein Signal dafür, dass Integrationsproblemen lange Zeit nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt worden ist.

Identität und soziale Frage

Ein zweiter Faktor, der das Aufkommen des Rechtspopulismus erklärt, hängt mit der Migrations- und Integrationsproblematik zusammen und kann als Angst vor dem Verlust der niederländischen Identität beschrieben werden. Auch wenn

niemand genau weiß, was diese Identität beinhaltet – eine Parlamentsdebatte hierüber erbrachte kürzlich nur vage Allgemeinplätze – ist doch deutlich, dass die Identitätsfrage seit einigen Jahren auf der Tagesordnung steht. Verwunderlich ist dies nicht. Die rasche Globalisierung und die Ausweitung der Europäischen Union haben zu Diskussionen über Position, Beitrag und Selbständigkeit der Niederlande geführt, bei denen Gefühle von Einflussverlust, Ohnmacht und Marginalisierung eine Tendenz zu Abschottung und Abgrenzung zur Folge hatten. Diese Tendenz begünstigt das Aufkommen des Populismus. Sie zeigt sich nicht nur in der Migrations- und Integrationsdebatte, sondern auch in der bereits zuvor genannten gewachsenen Skepsis gegenüber der Europäischen Zusammenarbeit. Zwar waren die Niederlande auch in der alten Europäischen Gemeinschaft ein kleines Land, aber als eines von sechs Mitgliedern hatten sie – manchmal im Benelux-Bündnis – verhältnismäßig viel Einfluss. Im Jahr 2011, in einer EU mit 27 Mitgliedstaaten, hat sich dieser Einfluss stark verringert. So mag es gefühlsmäßig helfen, wenn manche in den Niederlanden rufen, das eigene Land sei doch unter den kleinen Ländern in Europa das größte, aber der Haager Einfluss in Brüssel nimmt dadurch nicht zu und das Bewusstsein der Marginalisierung bleibt.

Durch diese Entwicklungen sind die Niederlande in den vergangenen Jahren »nationaler« geworden und haben sich mehr nach innen gewandt. »Wir geben die Niederlande den Niederländern zurück«, rufen Geert Wilders und der heutige Ministerpräsident, Mark Rutte (VVD), im Chor. So unsinnig ein solcher Satz auch ist – sind die Niederlande in fremde Hände übergegangen? – suggerieren sie damit doch, sie hätten eine Antwort auf die zunehmende Unsicherheit in Bezug auf die eigene Identität.

Als dritter Erklärungsfaktor für das Aufkommen des Populismus muss auf die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich und die Angst vor einer abnehmenden sozialen Sicherheit hingewiesen werden. Die oben genannte Identitätsdebatte wird durch einen sozioökonomischen Protektionismus gegen »Außenstehende« ergänzt. Geert Wilders hat dies mit sicherem Gespür erkannt und wirft sich zum Beschützer des kleinen Mannes auf, der seine soziale Position bedroht sieht. Nicht ohne Erfolg hielt er die Regierungsparteien von harten Einsparungen im Bereich der sozialen Sicherheit ab. So kombiniert Wilders »linke« Standpunkte auf sozioökonomischem Gebiet mit »rechten« Standpunkten in der Migrations- und Integrationsfrage, eine Kombination, die keine andere Partei bietet und die – wie bereits erwähnt – ein Bedürfnis befriedigt.

Verstärkt wird der rechtspopulistische Erfolg schließlich, weil die gestiegene soziale Unsicherheit mit einem gewachsenen Misstrauen gegenüber dem »Haager Apparat« oder »denen da oben« im Allgemeinen zusammenhängt. Hinzu kommt das Unbehagen über das geringe Problemlösungsvermögen »der« Politik und über die mühsame und langwierige Selbstreinigung großer Institutionen, Unternehmen, Banken, ja, sogar Kirchen. Ein fruchtbarer Boden für »unverbrauchte« Politiker mit scheinbar einfachen Lösungen.

Nach der Entsäulung der 1960er und 1970er Jahre ist die politische Landschaft der Niederlande erneut – und noch stärker – in Bewegung geraten. Ein neues Gleichgewicht ist nicht in Sicht, und Wahlen sind unvorhersehbarer geworden denn je. Das ist kein spezifisch niederländisches Phänomen. Auch in anderen Ländern ist der Wähler ungeduldiger, mündiger und damit volatiler geworden. Der Unterschied liegt darin, dass die Wählerwanderungen in den Niederlanden schneller, heftiger und dramatischer sind. Damit erfüllen die Niederlande keine Vorbildfunktion, aber es ist nicht ausgeschlossen, dass sich für andere Länder eine ähnliche Zukunft am Horizont abzeichnet.